

Wirtschaftsimpf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheinet Mittwochs, Belegpreis frei Haus 9.—15. Sept. 1100000 M., durch die Post 1000000 M., ohne Post- und Verlagsgebühren, d. h. Halle-Merseburg GmbH, Halle, Verlagsstraße 14, Fernruf 1045, 1047, 2251. Schriftleitung: Friedrich 12—1 u. 8—5 Uhr.

Der Einzelpreis beträgt 220 000 M. für den Monat. Neben Spalte, 1 000 000 M. für den Monat, anfallend an den bezugsberechtigten Lesern. Anzeigen bis zum 12. September 9 Uhr. Redaktion: Halle, Postfach 10843, Fritz Koch, Halle.

Einzelpreis 500 000 M.

Sonnabend, den 15. September 1923

3. Jahrgang Nr. 216

Ein Markenbrot 3250 000 Mark

Eine neue Streitwelle naht heran

Nach Mitteilung des Ernährungsamtes von Berlin wird infolge der Preissteigerung des Anlagegeldes der Preis für ein Markenbrot vom 17. September an auf 2 250 000 M. erhöht werden. Ein gleich hochwertiges Markenbrot würde sich jetzt auf fast sieben Millionen Mark stellen.

Die Industriellen steigen auf Hilferding

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 15. September.
Der Vorstand des Arbeitsverbandes der deutschen Industrie hat in seiner Sitzung am 12. September eine Entschließung angenommen, die die Steuerbelastung verurteilt. In der Entschließung heißt es: Die Steuerbelastung kann in der vorliegenden Form und in dem vorliegenden Ausmaß von der Wirtschaft nicht getragen werden. Es würde zu verhängnisvollen Einschränkungen und Stilllegungen der Betriebe, sowie Arbeiterentlassungen führen. Die unverzügliche Aufhebung der Steuerbelastung ist nicht nur eine Lebensnotwendigkeit der Industrie, sondern auch die Voraussetzung zum gelassenen Wiedereintritt der Wirtschaft und der Finanzmärkte.

Hilferding kündigte drastische Maßnahmen gegen die Steuerdrückberger, gegen die Befehden an. Die Unternehmer antworteten mit Betriebsbeschränkungen und -stilllegungen. Nun kündigen sie dem Finanzminister den verhängnisvollen Kampf an. Sie fordern nicht weniger als die Aufhebung der Besteuerungen oder die Einführung eines Betriebsbeschränkungs- oder Stilllegungsrechts. Hilferding ist zum Kindergepöhl geworden.

Bergarbeiterstreik im Kreise Beuthen

(Eigene Drahtmeldung)

Gleiwitz, 14. September.
Im Kreise Beuthen sind in den Streik getreten die „Seinzig“, „Gruben“, die „Johanna-Grube“ und die „Gleiwitzer Gruben“. Es wurde eine fünfköpfige Kommission gebildet, die heute folgende Forderungen der Arbeitergemeinschaft und der Organisationen unterbreitete: Die Auszahlung von 150 Millionen Mark bis spätestens Montag abend; volle Beschäftigung der Arbeiter über Tag; Zahlung der Löhne in Dollar pro Schicht und Arbeiter; Einberufung eines Betriebsratsorgans aller Organisationen bis spätestens Sonntag, den 16. September.
Das ist die Antwort der Arbeiter auf das von der Schypa angegriffene Blutbad.

Sämtliche linksrheinische Schächte im Streik

(Eigene Drahtmeldung)

Duisburg, 15. September.
Im Bezirk Duisburg-Moers streiken 15 000 Bergarbeiter. Sämtliche linksrheinischen Schächte liegen im Streik. Mehr als 90 Schächte sind vier Schächte mit 3000 Südafrikanern im Streik.

Die Frankfurter Metallarbeiter streiken

(Eigene Drahtmeldung)

Frankfurt a. M., 14. September.
Sowohl die Lohnkommission der Metallarbeiter, als auch die Unternehmer lehnen den Schiedsspruch von 4,7 Millionen Spigenlohn ab. Deswegen lehnten die Unternehmer es ab, den geordneten Vorstoß als einmütige Weisung zu tragen. Der Metallarbeiterverband hat 5 Millionen Streikenden erklärt und die Metallarbeiter sind bereits heute abgemittelt. Ein außerordentliches Schiedsgericht billigte den Abzug des Vorstoßes in zwei Raten zu. Die Obliste von Groß-Frankfurt traten zusammen und es wurde sofortige Wiltimmung über den Streik beschlossen. Die Wiltimmung findet morgen in den Betrieben statt. Arbeiterbetriebe haben bereits heute abgemittelt. Die Streikresultate lassen darauf schließen, dass fast einmütig Streikbeschluss zu erwarten ist. Es kommen etwa 30 000 Metallarbeiter in Frage.

Verdoppelung der Postgebühren

Berlin, 14. September.
Wie wir aus dem Reichspostministerium erfahren, müssen die für den betrieblichen Gebrauch im Telegraphen- und Fernsprechverkehr, die am 16. September in Kraft treten sollen, wegen der inzwischen weiter fortgeschrittenen Entwertung der deutschen Mark mit Wirkung vom gleichen Tage an verdoppelt werden.

Die Regierungskunft der Großen Koalition

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 15. September.
Der Reichsausschuss in der letzten Augustwoche weist eine große Bekämpfung des Notennulldarums von 380,3 Millionen auf 662,2 Millionen Mark auf. Somit ist ein Notennulldarum in der ersten Woche der Hilferding'schen Regierungsperiode um 240 Prozent und

in der zweiten Woche um neue 142 Prozent gestiegen. Unter der Cuno-Regierung war die höchste Steigerung 90 Prozent.

Einen Monat ist die Regierung Hilferding-Stresemann im Amt. Der Dollar ist von 4 Millionen auf 100 Millionen gestiegen. Ein Markentendenz ist von der nächsten Woche an 3 1/2 Millionen Mark, die Postgebühren, die vom Sonntag an in Kraft treten, müssen schon vorher verdoppelt werden. Die Industriellen und die Arbeiter steigen auf die Steuererhebung der Regierung. Die Steuer der Arbeiter, die 60 Millionen einbringen sollten, haben bisher 6 1/2 Millionen, also den sechsten Teil gebracht. Die Unternehmer fordern die Arbeiter, wenn die Betriebskassen nicht aufgehoben werden, die Arbeiter bekommen ihr Getreide werbefähig bezahlt. Die Unternehmer verdienen mit der Herausgabe von 1000 Millionen über Millionen. Ein Unternehmer, der 1000 Dollar besitzt und der bei einem Dollarkurs von 2 1/2 Millionen für diesen Betrag Schicksal oder Notgeld herausgab hat nach vier Wochen, wenn der Dollar auf 100 Millionen steht und er 2 1/2 Dollar wechselt, damit seine Schicksal oder sein Notgeld ein 97 1/2 Dollar wert ist.

Wie die Regierung Stresemann-Hilferding aus Ruder gekommen ist, so ist sie auch ihren Kurs fort. Arbeitertribut röhete das Straßenplatt beim Regierungsantritt der Hilferding-Salomonen, Arbeitertribut liegen auf dem Straßenplatt jetzt nach vier Wochen. Keine ernsthaften Maßnahmen gegen die Befehden, Maßnahmenemehr gegen die hungernden Arbeiter.

Der Hunger, das Geld, die Not, dabei nimmt die Arbeitertribut den Lohn von Tag zu Tag immer beträchtlicher Umfang an. Stimmungs-Schwankungen den 16-Stunden-Tag an, derzeit an den Reichstagen eine Million Arbeiter und Arbeiterinnen und redet. Nach dem Reichstagsantritt was sie als Rede



Erten und fröhlichen wird erzählt, daß die Hilfe der Dollaren zu haben geworden ist müssen abgeben die Einstellung der Unternehmer beschränken, die Arbeiter werden. Als Maßstab zu beden, weil man zur Papiermarkt und es muß dafür verwendet werden. Die Produktion, die Produktion hat der arbeitenden unfähig und dem Geld an der Regierung in weiterer des Reiches noch zeigt die Regierungslage.

Schon stammen im Ruhrgebiet, am über Teikämpfe die, die in Wirklichkeit allen, die Beamten ernde und bleibende in Zeitweilen des Reiches ihre Kräfte nur gegen die Große Koalition, nicht nur gegen Stresemann-Hilferding, sondern gegen die gesamte kapitalistisch-bürgerliche Regierung geben muß.

Notste Reichswehrminister?

(Eig. Draht.) Berlin, 15. September.
Die „Kreuzzeitung“ hatte mitgeteilt, daß der Reichspräsident Oberst von Klotz Feigler-Gehler in der Weile lösen wolle, daß er Notste (1) als Reichswehrminister berufe. Dies Nachfeld wurde zwar offiziell demittiert, indessen erzählt sich herinmäßig das Gerücht, und der Ruf nach Notste wird immer lauter, besonders lebhaft erheben ihn die sachlichen Industriellen.

Diese Lösung wäre allerdings der Großen Koalition würdig, die gerade jetzt einen Mann wie Notste nötig hat, um das Stimmprogramm gegen die Arbeitenden mit brutaler Gewalt durchzuführen. Durch einen Lauff-Gehler-Notste würde die Bourgeoisie nicht verlieren. Was lagen aber die sozialdemokratischen Arbeiter, die für den Rücktritt Gehler's verlangen, daß man ihnen dafür den Notste bietet?

Gewiß muß Gehler mit seinem Geht fallen. Aber man wage nicht, der Arbeiterchaft der Notste zu präsentieren. Dem Sabelregiment gegen die Arbeitenden kann das Proletariat nur ein Ende machen, wenn die Große Koalition gestürzt wird und an ihrer Stelle eine Arbeiter-Regierung tritt.

Neue Papierlappen der Ebert-Republik. Am Montag werden 500-Millionen-Marknoten und im Laufe der übernächsten Woche einmiliardennoten in den Verkehr kommen. — Der Bankbeamtenstreik in Leipzig ist beendet.

Sachwerterfassung oder Zusammenbruch?

Der Bankrott des alten Systems — die Grundlage der neuen Ordnung

xy. Der Bankrott des Finanz-, Steuer- und Geldsystems in Deutschland, längst vorausgesehen von uns Kommunisten, wird nirgends mehr bestritten. Der Bankrott ist da, nicht weil die Mark einen bestimmten Tiefstand erreicht hat, — eine Papiermark gilt noch immer 10 Sowjetmark in volstem Ausmaß — der Bankrott ist da, weil der Gang der Produktion und des Austausches ins Staden geraten ist, weil die Fortsetzung des alten Systems das gesamte wirtschaftliche Leben mit Stillstand, die Wertigkeiten mit dem physischen Untergang bedroht. Die Geleise des kapitalistischen Streiktaufs des kapitalistischen Systems schlagen an allen Punkten um in Geleise der Auflösung der sozialen Bande, die das System zusammenhalten.

Der Lohnarbeiter war an den Kapitalisten gebunden durch das Gesetz, das den Lohn im Durchschnitt eines wirtschaftlichen Kreislaufs durch den Wert der Arbeitskraft bestimmte. Das Gesetz ist durchbrochen und schließlich aufgehoben. Die Geldentwertung bricht den Arbeitslohn automatisch immer tiefer unter den Wert der Arbeitskraft. Dieses Verbrechen hat eine absolute Grenze. Der Arbeiter nähert sich jetzt dieser Grenze.

Das kapitalistische Betriebsgesetz regulierte den Austausch zwischen Produktions- und Konsumtionsmitteln, davor auch zwischen Stadt und Land. Dieser Verkehr ist jetzt in den Grundlagen gestört. Das Land trennt sich von der Stadt, die Junter verlegen lie in Hungerelend.

Der Außenhandel, anfrüherhalten durch Unterbietung der Weltmarktpreise, gerät ins Staden, wo die Preise das Weltmarktniveau übersteigen.

Der Innenhandel gerät nicht minder ins Staden. Sicht man hinter den Schleier des Papiergeldsystems, so entdeckt man, als realen Inhalt des jetzt zusammenbrechenden Systems: Die fortbauende und sich steigende Veraubung der Arbeiterklasse (wornin häusliche und landliche Lohnarbeiter und Angestellte eingeschlossen), der häuslichen Mittelklassen und des Staates durch eine handvoll Kapitalmonopolisten. Die Veraubung der Arbeiterklasse erfolgte auf dem Wege des Raubes ihres Wohlstandes, die der Mittelklassen durch Entwertung ihrer Vermögensgüter, durch direkte und indirekte Enteignung.

Der Mechanismus, der das bemerkt, ist jedermann durchsichtig: die fortbauende Geldverfälschung, und darauf begründet die tatsächliche Steuerbefreiung des Großkapitals mittels der Geldentwertung.

Alle bisherigen Regierungen in Deutschland, von der Hohenzollernmonarchie bis zu den verfallenen Kabinetten der Ebert-Republik, sind nur die politischen Agenten dieses Systems gewesen; unter der Ebert-Republik kam nur das Etikett „kapitalistischer Wähleraufbau“ hinzu.

Das tatsächliche Ergebnis ist: der Ausbau der kapitalistischen Monopole, der Abbau der Lebenshaltung der Arbeiterklasse und des Mittelstandes.

Jetzt steht Deutschland am Scheidewege. Oder nicht am Scheidewege zweier Währungs- oder zweier Steuersysteme, sondern am Scheidewege zweier Wirtschaftssysteme, Gesellschafts- und Staatsordnungen.

Welche „Reform“ des alten Systems kann es noch geben? Die offene Trübsinnigkeit, auf die alle Pläne der kapitalistischen Steuer-, Finanz- und Währungsreform hinauslaufen, ist keine Reform, sondern die Vollendung des alten Systems.

Sie stellt den Staatsapparat in den Dienst rabischer, konterreiterer Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Mittelklassen. Ihr politisches Werkzeug ist die von den kapitalistischen Oligarchen geleitete Militärdictatur. Das ist die nächste Etappe, die die kapitalistische Oligarchie mit Hilfe des Faschismus und des Entente-Kapitals planmäßig vorbereitet. Diese neue kapitalistische Etappe hätte Aussicht auf Erfolg, wenn sie der Arbeiterklasse und den Mittelklassen eine Hebung ihrer Lebenslage sichern könnte. Das wäre nur denkbar auf Grund neuer imperialistischer Ausbeutung. Aber diese übersteigt muß scheitern an der Unfähigkeit, mit einer noch härteren ausgebeuteten Volksmasse die imperialistische Niederlage weitzumachen.

Wenn jetzt Mussolini verfaßt, dem italienischen Imperialismus (der nicht befeht würde, aber den der Sieg mit leeren Händen ließ) ein neues Ausbeutungsfeld im Mittelmeer zu erobern, so treibt ihn dazu der innere ökonomische Verfall, und es ist klar, daß das Scheitern dieses Versuches die innere Krise des Faschismus befehligen muß. Aber in Deutschland fehlen die Voraussetzungen selbst für vergebliche Versuche imperialistischer Wähleraufbau.

Die Grundlagen einer neuen Ordnung in Deutschland können nur in einem Schritt zum Sozialismus bestehen. Dieser Schritt erfordert als Grundbedingungen eine Umkehr des Verhältnisses zwischen den kapitalistischen Monopolen und der Arbeiterklasse, die Kontrolle und